

"Portugal kommt nicht aus der Krise" in Handelsblatt (24. Oktober 2005)

Quelle: Handelsblatt. Deutsche Wirtschaftszeitung. 24.10.2005. Düsseldorf.

Urheberrecht: (c) 2007 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"portugal_kommt_nicht_aus_der_krise"_in_handelsblatt_24_oktober_2005-de-0bd09d9b-208f-4691-ba1f-7d854d077269.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Portugal kommt nicht aus der Krise

Der vorgestellte Haushalt für 2006 weist immer noch ein Defizit von knapp fünf Prozent auf

STEFANIE MÜLLER
HANDELSBLATT, 24.10.2005

MADRID. Die Konjunktur des einstigen Musterschülers der Europäischen Union, Portugal, springt nicht an. Für das kommende Jahr rechnet der Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos mit einem Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent; im laufenden Jahr soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5 Prozent real steigen. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen über sieben Prozent – vor drei Jahren hatte sie nur vier Prozent betragen.

Eine Umkehr dieser Entwicklung ist nicht in Sicht – das meint zumindest Premier José Sócrates. Seine Regierung rechnet für Ende 2006 mit einer Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent. Und die Inflation wird nach den Einschätzungen des portugiesischen Wirtschaftsministeriums rund 2,3 Prozent erreichen.

„Seit Portugal als erstes Mitglied der Euro-Zone im letzten Quartal 2002 in die Rezession rutschte, geht es nur noch bergab“, sagt der Ökonom der renommierten Universidade Nova de Lisboa, José Tavares. Zwar bereitete das Land sich Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre unter dem konservativen Premier Anibal Cavaco Silva, den noch immer viele als den Vater des portugiesischen Fortschritts betrachten, vorbildlich auf den Euro vor. Auch galt das Land in diesen Boomjahren als Musterschüler der EU. „Dann wurden die wachsenden Steuereinnahmen jedoch anders als in Spanien nicht in neue Industrien, Technologie, in das Gesundheitswesen oder schulische Bildung investiert, sondern nur in den Ausbau des Staates“, sagt José Luis Escrivá, Chefökonom bei der spanischen Bank BBVA.

Ein Grund, warum das Staatsdefizit der portugiesischen Regierung inzwischen 6,2 Prozent des BIP beträgt. Im kommenden Jahr soll das Defizit durch Verkäufe von staatlichen Unternehmensbeteiligungen auf 4,8 Prozent gedrückt werden. Zum Verkauf stehen nach Aussagen des Wirtschaftsministers Manuel Pinho Anteile am Mineralölkonzern Galp, am Stromnetzbetreiber REN sowie den Anteilen des Staates beim Versorger EDP – davon werden fünf Prozent noch in diesem Jahr in Form von Schatzbriefen privatisiert. Aber auch die Steuerfahndung soll bei der sich stark ausbreitenden Schattenwirtschaft härter durchgreifen und die Einnahmen des Fiskus um 6,8 Prozent erhöhen.

Wenig Verständnis haben portugiesische Ökonomen für die im Haushalt vorgesehene Erhöhung der Beamtengehälter um zwei Prozent, da bereits heute die Gehälter der 450 000 Staatsdiener ein Großteil der Staatsausgaben ausmachen.

„Jede Regierung hat bis jetzt versprochen, hier zu kürzen und keine traut sich“, sagt Pedro Moreira, portugiesischer Wirtschaftsanwalt in Madrid. Unter diesen Umständen würde es wohl noch mindestens zehn Jahre dauern bis das Land sich aus der Krise hieven könne. Der Spielraum der sozialistischen Regierung sei sehr gering, meint der Experte. Auch, wenn sie mit absoluter Mehrheit regiere.

Viele portugiesische Intellektuelle sehen in dem derzeitigen Tief in Portugal die schlimmste gesellschaftliche Krise seit Ende der Diktatur 1974.